

Wir wollen Wiedervereinigung

Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard und Bundesminister Dr. Heck sprachen zum 17. Juni

Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard erinnerte am 17. Juni in einer Feierstunde des Deutschen Bundestages an die Opfer jenes Aufstandes, in dem die Bevölkerung Mitteldeutschlands sich gegen die Diktatur zur Wehr setzte. Bundesminister Dr. Heck sprach im Namen der Regierung am gleichen Tag in einer Veranstaltung des „Sudetendeutschen Tags 1966“.

Der Bundeskanzler erneuerte in seiner Rede das Angebot des freien Teils Deutschlands, alles zu tun, um zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu kommen und zugleich dem Sicherheitsbedürfnis der östlichen Nachbarn Deutschlands Rechnung zu tragen. Prof. Dr. Erhard sagte dazu im einzelnen:

„Die dreizehnte Wiederkehr des Tages, an dem die Menschen in Mitteldeutschland unter der schwarzrotgoldenen Fahne, dem Symbol des einigen, demokratischen und freien Deutschland, gegen die kommunistische Diktatur aufstanden, stellt uns eindringlicher als je zuvor die Frage nach dem Sinn und der Bedeutung des 17. Juni 1953. Wir spüren in diesem Jahr sehr deutlich, daß es nicht genügt, der Opfer dieses Tages würdig und in Dankbarkeit zu gedenken. Die Kraft zum Handeln, die der ‚Tag der deutschen Einheit‘ von uns fordert, kann in einer Zeit, in der die Eindeutigkeit der Begriffe verlorenzugehen droht und illusionäre Vorstellungen hier und da im deutschen Volk Raum gewinnen, nur aus unbeirrbarer Klarheit über die Ziele und Notwendigkeiten gesamtdeutscher Politik erwachsen. Die Lehren des 17. Juni sind Richtpunkte auf diesem Weg.“

Der Volksaufstand in Mitteldeutschland hat unwiderlegbar gezeigt, daß das SED-Regime nicht vom Willen der Bevölkerung getragen wird. Dies gilt heute genau so, wie es damals gegolten hat. Mauer, Minen, Stacheldraht, Schießbefehl, Verweigerung der Freizügigkeit und der Informationsfreiheit sind nicht Zeichen demokratischer Legitimation, sondern Attribute einer totalitären Gewaltherrschaft.

Der Aufbruch des Freiheitswillens am 17. Juni 1953 gegen die kommunistische Zwangsgewalt steht gleichrangig neben dem Versuch der Männer des 20. Juli 1944, Deutschland von der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft zu befreien.

Damit ist der Beweis erbracht, daß unserem Volke die Freiheit das höchste politische Gut ist. Angesichts der Opfer, die Tausende und aber Tausende Deutscher seit 1933 für dieses Ziel gebracht haben und heute noch in den Zuchthäusern Mitteldeutschlands bringen, sollte die Weltöffentlichkeit definitiv zur Kenntnis nehmen, daß sich die ganze Nation für eine freiheitlich-demokratische Daseinsordnung entschieden hat. Lediglich der Wille einer fremden Macht verwehrt einem Teil unseres Volkes diese Lebensform.

Der Bevölkerung Mitteldeutschlands wird die Bekundung ihres politischen Willens in freien und geheimen Wahlen durch das SED-Regime bis heute vor-

enthalten. Dennoch ist es ihr am 17. Juni 1953 gelungen, in dem Ruf nach Freiheit und Einheit ihrem Willen vor aller Welt offen und unmißverständlich Ausdruck zu geben. Er deckt sich lückenlos mit dem in der Präambel des Grundgesetzes festgelegten Verfassungsgebot an das ganze deutsche Volk, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Der Begriff der Freiheit hat für die Menschen diesseits und jenseits der Demarkationslinie den gleichen Inhalt. Dieser Nachweis ist von größter aktueller Bedeutung. Er setzt für die Zielvorstellung gesamtdeutscher Politik verbindliche Maßstäbe. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit will nicht die Anerkennung zweier deutscher Staaten oder deren Konföderation, es will auch nicht eine irgendwie geartete Wiedervereinigung, sondern es verlangt und fordert auf der Grundlage des völkerrechtlichen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit.

In freier Selbstbestimmung

Die Erhebung in Mitteldeutschland hat gezeigt, daß die Wiedervereinigung unseres Volkes nicht spontan in einem revolutionären Akt erreicht werden kann. Im Licht des Zeitablaufs und der sich in ihm vollziehenden Entwicklung haben wir begriffen, daß heute selbstkritischer begründet werden muß, was vor dreizehn Jahren noch allein als Konsequenz der bestehenden Machtverhältnisse gedeutet werden konnte. Wiedervereinigung bedeutet nicht nur die Zusammenführung der getrennten Teile des deutschen Volkes in einen einheitlichen Staatsverband Deutschland. Die Überwindung der unnatürlichen, völkerrechtswidrigen und wahrhaft unmenschlichen Spaltung unseres Vaterlandes wird nicht nur von dem Ergebnis erfolgreicher politisch-diplomatischer Bemühungen unter dem Vorzeichen einer günstigen weltpolitischen Konstellation abhängen. Daher kommt es auch darauf an, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit eine Antwort auf die Frage findet, wie das

Deutschland der Zukunft hinsichtlich der Prinzipien seiner inneren Ordnung gestaltet werden soll.

Der 17. Juni gibt uns die Gewißheit, daß das wiedervereinigte Deutschland ein demokratisches, freiheitliches und rechtsstaatliches Deutschland sein wird. Daraus folgt, daß seine staatliche und gesellschaftliche Ordnung nur von dem gesamten Staatsvolk nach demokratischen Prinzipien in freier Selbstbestimmung geregelt werden kann.

Die Agitation der SED sucht den Menschen in der Zone einzureden, die Wiedervereinigungskonzeption der Bundesregierung sehe lediglich einen ‚Anschluß‘ Mitteldeutschlands an die Bundesrepublik, sozusagen ihre ‚Einverleibung‘ vor. Diese Behauptung ist grundfalsch. Bei allem berechtigten Stolz auf unsere gefestigte rechtsstaatliche Ordnung und die von uns allen gemeinsam erzielten Aufbauleistungen in der Bundesrepublik

Fortsetzung Seite 2

Wir wollen Wiedervereinigung

Fortsetzung von Seite 1

blicken wir voller Anerkennung, ja Bewunderung auf das, was die Bevölkerung in Mitteldeutschland unter ungleich härteren Bedingungen und ungeachtet der Tatsache, daß ihr die Früchte ihrer Arbeit durch das kommunistische System weitgehend vorenthalten werden, geschaffen hat.

Unsere Landsleute in Mitteldeutschland tragen seit 1945 an der Last der Teilung unseres Vaterlandes unvergleichlich schwerer als wir. Aus dem Zwang zur inneren Selbstbehauptung sind sie Tag für Tag in eine Bewährungsprobe gestellt, die uns ohne eigenes Verdienst erspart bleibt. Sie werden uns am Tage der Wiedervereinigung mit einem gesunden, voll berechtigten Selbstbewußtsein entgegenzutreten, das uns vielleicht zwingen wird, von manchen zur Gewohnheit gewordenen Vorstellungen Abschied zu nehmen, uns aber die Gewähr gibt, daß sie bei der Gestaltung des wiedervereinigten Deutschland mit uns gleich zu gleich zusammenarbeiten werden.

Es muß unser aller Bestreben sein, diese Sicht der Dinge den Menschen in Mitteldeutschland immer wieder deutlich zu machen. Die bloße Beteuerung, daß wir uns mit ihnen untrennbar verbunden fühlen, genügt nicht. Der Wille zur Wiedervereinigung muß aus dem inneren Zusammengehörigkeitsbewußtsein des deutschen Volkes immer neue Kraft gewinnen. Diesen Zusammenhalt zu wahren und zu stärken ist deshalb die vordringlichste Aufgabe aller Deutschen. Ihre Bedeutung ergibt sich nicht nur aus der möglichen Wirkung des Zeitablaufs auf die Vorstellungswelt der Menschen, sondern auch aus der Tatsache, daß bereits mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung aus eigenem bewußten Erleben ein ungeteiltes Vaterland nicht mehr kennt. Angesichts der Bemühungen des SED-Regimes, die Verhältnisse in Mitteldeutschland im kommunistischen Sinne so umzugestalten, daß es über kurz oder lang eben nichts mehr ‚wieder‘ zu vereinigen gibt, kommt alles darauf an, die gemeinsame geistige Substanz der Nation im Denken, Fühlen und Wollen zu erhalten. Deshalb ist auch jede Form der geistigen Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime in Mitteldeutschland zu begrüßen, die geeignet ist, der Wahrheit in öffentlicher Diskussion in Mitteldeutschland Raum zu schaffen.

Die gemeinsame Basis ist von größter Bedeutung angesichts der Tatsache, daß das SED-Regime den Anspruch erhebt, die zu Unrecht sogenannte ‚Deutsche Demokratische Republik‘ sei sowohl völkerrechtlich als auch auf Grund der ‚geschichtlichen Gesetzmäßigkeit‘ der ‚einzigen rechtmäßigen Staat‘ auf deutschem Boden. Es behauptet, in Mitteldeutschland seien ‚jene Kräfte an der Macht, die von der Geschichte zur Führung des deutschen Volkes berufen wurden‘. Aus naheliegenden Gründen kommen die Funktionäre der SED nicht auf den Gedanken, daß sie glaubwürdiger wären, wenn ihnen das Mandat zur Ausübung der Macht vom Volk übertragen worden wäre. Denn wenn ihre Politik ‚mit den

Interessen der Nation übereinstimmt‘ — wie es zum Beispiel in dem sogenannten ‚Nationalen Dokument‘ heißt — weshalb fürchten sie das Votum des Volkes? Um die eigene Anerkennung zu erreichen, leugnet das SED-Regime zwar die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht, trotzdem macht es sich in der klassischen kommunistischen Kombination von Politik, Agitation und Subversion einer ständigen Einmischung in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik schuldig, ja, die kommunistischen Funktionäre verhehlen keinen Augenblick, daß sie auf den Sturz der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik mit allen Mitteln hinarbeiten.

Die schönen Worte ‚Annäherung‘ und ‚Verständigung‘, die wir in diesen Tagen immer wieder hören, können nur den täuschen, der mit der marxistisch-leninistischen Terminologie nicht vertraut ist. In einem Augenblick, in dem es als ein Zeichen von Aufgeschlossenheit und moderner Denkungsart gilt, aus einer Verfeinerung der revolutionären Methoden des Kommunismus auf seine Friedfertigkeit

zu schließen, ist es nötig, dies klar auszusprechen.

Diese Sachlage zwingt die Bundesregierung, die sich in dieser Frage mit allen demokratischen Kräften einig weiß, die Forderung des SED-Regimes nach staatsrechtlicher Anerkennung mit allem Nachdruck und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. Es ist nicht wahr, daß sich auf deutschem Boden zwei Staaten gebildet haben. Es gibt nur ein deutsches Volk. Sein Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar.

Der Wille des deutschen Volkes, seine staatliche Einheit wiederherzustellen, ist eine Realität, an der die Welt auf die Dauer nicht vorübergehen kann. Dies immer wieder überzeugend vor uns selbst und vor der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen, ist der Sinn dieses Tages. Unsere Forderung nach Wiedervereinigung in Freiheit ist alles andere als ein bloßes Schlagwort. Es geht in letzter Konsequenz darum, daß die kommenden Generationen unseres Volkes, unsere Kinder und Kindeskinde, in menschlicher Würde und Selbstverantwortung als freie Bürger in einem freien Land leben können. Dieses Ziel ist des ganzen Einsatzes eines jeden einzelnen von uns wert.“

Dr. Heck: Niemand denkt an Rache

Die Worte des Bundeskanzlers nahm Bundesminister Bruno Heck, Geschäftsführendes Präsidialmitglied der CDU, auf, als er den Friedenswillen der Bundesrepublik vor den Sudetendeutschen mit folgenden Worten unterstrich:

„Die Bundesregierung denkt — die jüngste Friedensnote bringt das klar zum Ausdruck — weder an Rache noch an Restauration, und es fügt sich gut in diese Politik für Frieden und Freiheit ein, was Ihr Bundesvorstand am 27. März erneut bekräftigt und beschlossen hat: Unsere Verständigung, unsere Versöhnung mit dem tschechischen Volk ist für uns und für Europa notwendig und sie ist möglich. Diese Versöhnung ist unsere gemeinsame Pflicht. Sie haben uns, die Bundesregierung, gefragt, ob wir an der Obhutserklärung des Deutschen Bundestags vom 14. Juli 1950 noch festhalten. Nun, ich antworte Ihnen offen und frei, ja, wir halten daran fest.“

Das Recht auf Heimat ist die Pflicht zur Menschlichkeit, nicht mehr und nicht weniger. Und wer für dieses Recht steht, wer dieses Recht verteidigt oder wiederhergestellt sehen will, handelt nicht im Interesse irgendeiner Staatsräson. Er stellt nicht gewalttätig staatsrechtliche Ansprüche; er betreibt keine machiavellistische Interventionspolitik. Er stellt sich damit nur auf den Boden der allgemeinen Menschenrechte; er tritt damit ein für eine Vermenschlichung der internationalen Politik, wo überall sich dieses Problem stellt. Und hier bei uns hat er das Bild des kommenden Europa klar vor Augen, dieses Europa, dessen die Welt bedarf, das aus einem friedlichen Ausgleich der Interessen seiner Völker hervorgeht, in dem die Menschenrechte wiederhergestellt sind, Grenzen ihre herkömmliche Bedeutung verlieren und die

Brücken von Volk zu Volk immer tragfähiger werden.

Das ist das hohe Ziel unserer Heimatvertriebenen, das hohe Ziel auch dieses Sudetendeutschen Tages 1966. Und damit haben sich unsere Vertriebenen eingefügt in das hohe und unverrückbare Ziel der deutschen Politik, auf daß wir einmal wieder gemeinsam in unserem Vaterland in Freiheit und in Freundschaft und Frieden mit unseren Nachbarn in Ost und West leben können.“

Keine freien Bauern mehr

Die Entwicklung zur totalen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Zone ist so gut wie abgeschlossen. Unter Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen wurden die Genossenschaftsbauern jetzt völlig entrechtet. Nach den aus dem Jahre 1959 stammenden Statuten für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom Typ I und Typ III hatten die LPG-Mitglieder zumindest theoretisch die Möglichkeit aus der LPG auszutreten. In diesem Falle stand ihnen statutengemäß für das eingebrachte Land eine Entschädigung aus der LPG zu. Von dieser Möglichkeit ist zwar nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht worden. Um aber auch dies auszuschließen, wurde eine 1962 für die LPG Typ II erlassene Bestimmung auf die Typen I und III angewandt. In dieser Bestimmung heißt es: „Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluß oder Ausscheiden aus gesellschaftlich gerechtfertigten Gründen“. Sollte der Ausschluß aus „gesellschaftlich gerechtfertigten“ Gründen erfolgen oder einem freiwilligen Austritt stattgegeben werden, entfällt jegliche Rückgabe des von dem Betroffenen eingebrachten Landes oder eine Entschädigung durch anderweitiges Land aus der LPG.

Verhandlungen mit Moskau

Exil-CDU gegen Ulbrichts Täuschungsmanöver

Der Hauptvorstand der Exil-CDU, der am Wochenende unter Leitung des Vorsitzenden, Bundesminister a. D. Lemmer, und in Anwesenheit von Bundesminister Dr. Gradl in Berlin getagt hat, begrüßt die Bemühung des Bundeskanzlers um einen direkten Meinungs-austausch mit der Sowjetunion.

Der Vorstand stellt fest, daß die deutsche Frage stärker als seit langem Gegenstand internationaler Diskussionen geworden ist, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Thema europäische Sicherheit. Das ist zu begrüßen. Aber es muß klar bleiben, daß ein Weg zu Entspannung und Frieden in Europa nur zu finden ist in Verbindung mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Mit größter Aufmerksamkeit muß nach Meinung der Exil-CDU das Bemühen des Zonenregimes beachtet werden, durch gesamtdeutsche Täuschungsmanöver von dem eigentlichen Ziel deutscher und europäischer Friedenspolitik abzulenken. Den Machthabern der Zone kommt es, wie alle ihre Erklärungen unverkennbar zeigen, darauf an, die Anerkennung und

völkerrechtliche Sicherung ihres Machtbereiches zu erreichen. In keiner Phase von Gesprächen oder Kontakten darf übersehen werden, daß es dem Zonenregime immer wieder auch darum zu tun ist, Ausgangspunkte für kommunistische Expansion zu gewinnen. Um so weniger darf man sich in der Bundesrepublik auseinandermanövrieren lassen.

Die Exil-CDU ist für breiteste menschliche Begegnung zwischen allen Deutschen. An das Zonenregime muß die Forderung gerichtet werden, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nicht nur seine ausgewählten politischen Funktionsgruppen, sondern das ganze Volk in beiden Teilen an einem freien, direkten Meinungs-austausch teilnehmen kann.

Übereinstimmung erzielt

Erfolgreiches Gespräch der CDU/CSU-Fraktion mit Kriegsoffizieren

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hatte am 14. Juni 1966 unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Peter Wilhelm Brand im Beisein von Bundesminister Katzer ein ausführliches Gespräch mit den Vertretern des Verbandes der Kriegsoffiziere (VdK).

Es wurden wichtige Anliegen seitens des Verbandes vorgetragen. Eine eingehende Aussprache erfolgte insbesondere über das 3. Neuordnungsgesetz (Anpassung der Kriegsoffizierrenten). Hierbei wurde eine weitgehende Übereinstimmung in bezug auf die Konzeption des vom Arbeitsminister erarbeiteten Entwurfs festgestellt. Bezüglich der parlamentarischen Behandlung des Entwurfs haben die Vertreter der Bundestagsfraktion zugesagt, daß sie alle Bemühungen um eine Verabschiedung des Gesetzes noch in diesem Jahre unterstützen werden, um das Inkrafttreten des Gesetzes ab 1. Januar 1967 zu ermöglichen.

In der Frage der Anpassungsklausel bestand übereinstimmende Auffassung, daß eine Klausel im Sinne einer periodischen Überprüfung der Leistungen in festzulegenden Zeitabständen grundsätzlich befürwortet wird. Sie bedarf aber noch einer sorgfältigen Ausarbeitung.

An dem Gespräch nahmen als Vertreter des Verbandes der Kriegsoffiziere Vizepräsident Höhle, Vizepräsident Weishäupl, Dr. Gans, Haas und Hauptgeschäftsführer Franke teil. Von der Fraktion der CDU/CSU waren anwesend die Abgeordneten Frau Dr. Probst, Frau Schroeder, Stingl, Dr. Pohle, Rösing, Maucher, Dr. Götz, Mick, Mengelkamp.

Jugend von hohem Niveau

Die europäische Jugend überwindet die politischen Grenzen

Die Jugend Europas hatte sich für vier Tage im niederrheinischen Wesel zusammengefunden, um ihre menschliche und musische Zusammengehörigkeit auch über Ländergrenzen hinweg zu demonstrieren.

Die „Festlichen Tage am Niederrhein“ waren nach Wanne-Eickel (1952), Passau (1954), Münster (1957) und Berlin (1962) die fünfte Begegnung europäischer Jugend in Deutschland. Insgesamt 15 niederrheinische Städte waren daran beteiligt. 4000 Teilnehmer aus 15 Ländern wa-

ren in das deutsche Gastland gekommen, um hier mit „Musik, Spiel und Tanz“ der Welt zu beweisen, daß Völkerfreundschaft tatsächlich vorgelebt werden kann.

Zum umfangreichen kulturellen Programm dieser Tage gehörten u. a. Besuche in Nymwegen und Arnheim mit

Am Rande

Nach der Einigung der im Bundestag vertretenen Parteien über einen Gesetzentwurf, durch den der geplante Redneraustausch erleichtert werden soll, sieht sich die SED erneut vor die harte Frage gestellt, ob sie diesen Redneraustausch überhaupt will.

Innerhalb der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hat man sich nur zögernd dazu bereit gefunden, einem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben, der ein „freies Geleit“ auch für solche Anhänger des SED-Systems zusichert, die strafbarer Handlungen wegen Mord oder Freiheitsberaubung verdächtig sind. Dennoch haben die Unionsparteien schließlich eingewilligt. An der CDU/CSU wird es nicht liegen, wenn der Redneraustausch nicht zustande kommt. Allerdings gibt es eine Grenze, über die hinaus es keine „Vorleistungen“ geben darf. Diese Grenze scheint bald erreicht zu sein. Denn es ist die SED, die bisher wenig Bereitschaft erkennen läßt, in der Zone die gleichen Bedingungen für den Redneraustausch herzustellen, wie sie in der Bundesrepublik gegeben sind.

Wie leicht aus dem „Schlagabtausch“ — wie die SPD das zweiseitige Gespräch nennt — ein blaues Auge für die westliche Seite entstehen kann, dürfte jedem klar sein, der den Wirrwarr um die jeweiligen Fragen und Antworten von SPD und SED verfolgt.

Die Bundesregierung und mit ihr die CDU/CSU halten daran fest, daß der Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung nicht durch Gespräche in Chemnitz oder Hannover zu finden ist, sondern daß er nach wie vor in Moskau liegt. Die Sowjetunion muß daher immer wieder gefragt werden, welche Bedingungen sie für die Wiedervereinigung stellt. Die deutsche Friedensnote war ein klares Angebot für eine vernünftige Friedensregelung in Mitteleuropa. Auf seiner jüngsten Pressekonferenz hat der Bundeskanzler den sowjetischen Regierungschef zu einem persönlichen Gespräch eingeladen.

Eine solche konstruktive Politik wird auf die Dauer erfolgreicher sein als die geplanten SPD-SED-Gespräche.

einem internationalen Folkloretreffen. Die Skala der 120 Veranstaltungen reichte vom Konzert über den Jazz und das Amateurtheater bis zum Kabarett und Gesellschaftstanz.

Die europäische Geltung dieser viertägigen Jugendbegegnung kommt auch in dem hohen künstlerischen Niveau der vielerorts gebotenen Beiträge zum Ausdruck. Hier ragten der Budapester Chor „Vox Humana“, das Prager „VUS“-Jazzballett und die Stuttgarter Diözesan-Spielschar hervor.

Modernes Gesetz in Hessen

CDU-Initiative ermöglicht Neuregelung bei den Hochschulen

Hessen hat dank der konstruktiven Mitarbeit der CDU als erstes Bundesland ein modernes Hochschulgesetz. „In diesem Gesetz konnte in mühevollen Beratungen fast alles entschärft werden, was zu erheblichen Bedenken Anlaß gab“, stellte die CDU-Landtagsabgeordnete Frau Dr. Walz in der 3. Lesung des Gesetzes im Hessischen Landtag fest.

Frau Dr. Walz stellte im einzelnen folgende Punkte heraus, die für das Ja der CDU zu diesem Gesetz ausschlaggebend waren:

Die CDU hatte schon in der ersten Lesung begrüßt, daß mit diesem höchst umstrittenen Entwurf ein Stück längst fälliger Hochschulreform eingeleitet wurde. Die CDU bejaht die Demokratisierung der Universität durch die stärkere Rechtsstellung der Nichtordinarien, der Nichthabilitierten und der Studentenschaft, die die Universität wieder zu einer Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden macht.

Nach Ansicht der CDU wird die Verstärkung des Kollegialprinzips in den Instituten dazu beitragen, allen Mitarbeitern die eigene wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen. Die Abwanderung wissenschaftlicher Hilfskräfte ins Ausland soll verhindert werden.

Die CDU bejaht die Beschleunigung des Berufungsverfahrens, wenn auch keineswegs in der von der Regierung vorgelegten Form. Sie hielt es für notwendig, daß die Universitäten ein der Studienreform angepaßtes Vorlesungsprogramm innerhalb der festgesetzten Mindestdauer auch tatsächlich anbieten, damit endlich die Studiendauer wieder auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden kann.

Die CDU hielt es für besonders wesentlich, daß die Universitäten sich bereit erklärt haben, für die wissenschaftliche Fortbildung Berufstätiger Sorge zu tragen und auch in der vorlesungsfreien Zeit Übungen und Kurse zu veranstalten.

„Wenn wir dennoch die Selbstverwaltungsgarantie der Hessischen Verfassung durch diesen Entwurf erheblich verletzt sahen“, sagte Frau Dr. Walz, „dann bezogen sich unsere Einwände auf rechtlich so angreifbare Formulierungen wie die durch einfaches Gesetz einschränkbaren Selbstverwaltungsangelegenheiten, die völlig überdehnte Rechts- und Fachaufsicht, die Festlegung von Dauer und Datum der Vorlesungszeiten durch den Kultusminister, die nicht nur formale Bestätigung des Rektors, das Rektorat mit vierjähriger Dauer als einzige Form, den unbestimmten Kautschuk-Begriff ‚zeitgemäße Formen‘, die unklare Verantwortlichkeit von Rektor und Dekanen, den Eingriff in Forschung und Lehre durch die Koordinierung der Forschungsprogramme, den mit absolutem Vetorecht ausgestatteten und dazu nur im Benehmen mit der Universität ernannten Kanzler usw. Die von uns zur zweiten Lesung eingebrachten Abänderungsanträge, die bis zuletzt im Ausschuß hart umkämpft waren, haben nunmehr eine Formulierung gefunden, mit der wir uns durchaus einverstanden erklären können, da sie unseren Wünschen Rechnung trägt“.

Die Fachaufsicht ist in der Neufassung so weit abgebaut, daß die Universität nun tatsächlich eine aus der unmittelbaren Staatsaufsicht ausgegliederte Rechtseinheit ist, da die Fachaufsicht grundsätzlich nur noch durch allgemeine Weisungen ausgeübt wird.

Der Kanzler ist, verbunden mit seiner Stellung im Senat, echtes Organ der Selbstverwaltung. Der Staat kann nur noch hineinregieren, soweit Rechtsvorschriften verletzt oder die allgemeinen Weisungen, insbesondere für eine wirt-

Einheit von Forschung und Lehre

CDU unterstützt die neuen Überlegungen des Wissenschaftsrates

Die jetzt vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zur Studienreform sehen einen streng gegliederten, dreiphasigen Studiengang vor, der ein Grund-, ein Aufbau- und Kontaktstudium umfassen soll.

Damit hat es der Wissenschaftsrat fertiggebracht, ein abgeklärtes und überlegenes Urteil zu finden. Er entschied sich für die Beibehaltung der Einheit von Forschung und Lehre. Das bedeutet, daß eine wissenschaftliche Form der Lehre für alle Studiengänge nicht nur für die Ausbildung des Forschernachwuchses gefordert wird. Dieser Entscheidung kommt besondere Bedeutung zu, da sich in jüngster Zeit die Stimmen mehrten, die die Mehrzahl der akademischen Ausbildungsgänge auf Fachschulen zu verlegen wünschten, um trotz der Studentenfülle das wissenschaftliche Niveau der Universität zu wahren.

Als zweiten Grundsatz fand der Wissenschaftsrat eine neue Definition des akademischen Ausbildungsziels. Sie lautet für den normalen Studiengang: Erziehung zu selbständigem, kritischem Denken durch Wissenschaft. Dagegen überfordert nach Ansicht des Wissenschaftsrates das bisher gültige Ausbildungsziel, nämlich die selbständige Mitwirkung an der Forschungsarbeit, die meisten Studierenden. Er schlägt daher ein Studienmodell vor, das gestufte Ausbildungsgänge vorsieht. Ein 8semestriges Studium, das nach den vier ersten, streng reglementierten Semestern eine Zwischenprüfung kennt, führt zum akademischen Beruf. Für besonders Begabte kann sich jedoch an das Studium ein Aufbaustudium anschließen, das insbesondere der Gewinnung des Forschernachwuchses dienen soll. Schließlich wird empfohlen, daß die Hochschulen auch späterhin zur beruflichen Fortbildung für ein sogenanntes Kontaktstudium offenstehen sollen.

An einigen Stellen hat es der Wissenschaftsrat offenkundig vermieden, die Konsequenzen noch schärfer zu ziehen. Dort warten Aufgaben für die Politik. Die CDU wird nicht zurückstehen, die großen

schaffliche und sparsame Verwaltung, nicht eingehalten werden.

Nicht gefolgt ist man dem Wunsch der CDU, auch im Verwaltungsrat akademische und Wirtschafts- und Personalverwaltung unter dem Gesichtspunkt der Aufsicht säuberlich zu trennen, da hier unter der Hand die Fachaufsicht ausgedehnt werden kann. Nachdem aber für den Kultusminister grundsätzlich nur noch die Möglichkeit zu allgemeinen Weisungen besteht, hielt die CDU diesen Punkt nicht mehr für so gravierend.

Die CDU-Sprecherin schloß: „Das jetzt vorliegende Gesetz kann, im Gegensatz zum Entwurf, als ein Vertrauensbeweis des Parlaments für die Hochschullehrerschaft und für die Studentenschaft gelten. Wir stimmen dem Hochschulgesetz in der Überzeugung zu, daß es nunmehr die Rechte der Selbstverwaltung wahrt und doch zu der notwendigen Reform die Hilfe leistet, die Aufgabe des Gesetzgebers ist. Wissenschaft und Gemeinwesen sind aufeinander angewiesen, wenn beide ihre Aufgaben erfüllen wollen“.

Anstrengungen, die der Wissenschaftsrat staatlicherseits für erforderlich hält, um seine Vorschläge sinnvoll zu verwirklichen, für ihren Teil zu ermöglichen.

Hochschulgesetzgebung

Die CDU-Fraktionsvorsitzenden der Bundesländer legten auf ihrer letzten Tagung in Hamburg u. a. Leitlinien zur Hochschulgesetzgebung fest, in deren Hauptpunkten festgestellt wird:

„Die grundsätzlich gewährte Freiheit von Forschung und Lehre sollte nicht nur für die in Forschung und Lehre Tätigen, sondern auch für die wissenschaftlichen Hochschulen als Institutionen gelten. An diesem Maßstab muß sich eine Hochschulgesetzgebung orientieren. Ihr Ziel kann daher nur sein, den Hochschulen einen solchen Status und eine solche Organisation zu sichern, daß sie innerhalb des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ihre Aufgaben in eigenständiger Verantwortung erfüllen und diese Eigenständigkeit auch gegenüber Einflüssen von Interessentengruppen sowie gegenüber internen Fehlentwicklungen bewahren können. Ein Hochschulgesetz sollte sich auf wesentliche Fragen beschränken, die sich auch tatsächlich für eine gesetzliche Regelung eignen.“

Die Hochschulverwaltung soll die körperschaftliche Stellung der Hochschulen erhalten und stärken. Für die akademischen, wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten (mit Ausnahme der Berufungen) ist eine einheitliche Verwaltung, ggf. unter Mitwirkung der Fakultäten, zu errichten. Sie ist mit den Fakultäten abzustimmen. Oberstes beschließendes Organ bleibt der akademische Senat mit seinen Sachausschüssen. Der Rektor ist der oberste Repräsentant der Hochschule.

DGB kritisiert SPD

Wurde die Redefreiheit wegen der Notstandsgesetzgebung eingeschränkt?

Die Auseinandersetzungen zwischen den Industriegewerkschaften und der SPD gehen weiter. Heftige Kritik äußerte der DGB-Bezirk Frankfurt an den SPD-Abgeordneten Erler und Schmitt-Vockenhausen. Im Hintergrund steht dabei die Abneigung der Gewerkschaften gegen jede Art von Notstandsgesetzgebung.

Während des SPD-Parteitag in Dortmund hatten sowohl der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler wie auch der Bundestagsabgeordnete Schmitt-Vockenhausen erklärt, daß sie von Kreisen des DGB wegen der sozialdemokratischen Haltung zur Notstandsgesetzgebung Einschränkungen in ihrer Redefreiheit hinnehmen mußten. Es war von DGB-Veranstaltungen die Rede, auf denen die SPD-Politiker nicht sprechen durften.

Nun hat der DGB-Kreisvorsitzende Willi Reiss an die Vorsitzenden der Ortskartelle im Main-Taunus-Kreis und an die Mitglieder des DGB-Vorstandes einen Offenen Brief gerichtet, in dem die Äußerungen der beiden Sozialdemokraten entschieden zurückgewiesen werden. Nach der Darstellung des DGB-Sprechers ist es so, daß zwar Schmitt-Vockenhausen auf der Mai-Kandgebung des DGB-Ortskartells Sulzbach sprechen wollte, aber der Referent der Kundgebung vom DGB gestellt werden sollte. Die Gewerkschaft habe dem Landtagsabgeordneten Rudi Rohlmann den Vorschlag gegeben, weil er der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft angehört. Schmitt-Vockenhausen ist aber kein Gewerkschaftsmitglied und letzten Endes wurde die ganze Veranstaltung in Sulzbach gestrichen. Die Haltung von Schmitt-Vockenhausen zur Notstandsgesetzgebung habe dabei keine Rolle gespielt.

Fritz Erler hatte vor dem SPD-Parteitag u. a. gesagt, daß es in der Bundesrepublik „Inseln“ gebe, „wo es soweit geht, daß diejenigen, die sachlich über die Notstandsgesetzgebung in gewerkschaftlichen Kreisen bereit waren zu sprechen, nicht zugelassen wurden, weil man dort nur sprechen durfte, wenn man sich vorher als erklärter Gegner der Notstandsgesetzgebung abstempeln ließ“.

Dieser massive Vorwurf wurde vom DGB Frankfurt mit dem Hinweis gekon-

tert, das trotz Erlers Haltung zur Notstandsgesetzgebung seine Teilnahme an einer Mai-Veranstaltung in Hochheim am Main zugelassen wurde. Allerdings endet die Erklärung des DGB mit dem Hinweis, bei ihnen könne jeder sprechen, der ge-

Fernsehen und Hörfunk

Fortschrittliches NRW

Am 1. Juli 1966 tritt in Nordrhein-Westfalen ein neues Pressegesetz in Kraft, das teilweise auch für den Rundfunk entsprechend anwendbar sein wird. Das Landespressegesetz löst also einerseits das veraltete Reichsgesetz über die Presse aus dem Jahre 1874 ab, das 1935 zum letzten Mal geändert worden war; andererseits bringt es eine inhaltliche Ergänzung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk und auch des Bundesgesetzes, nach dem die Anstalten des Bundesrechts Deutschlandfunk und Deutsche Welle gegründet wurden. Das neue Gesetz bringt für alle in Nordrhein-Westfalen tätigen Journalisten einige wichtige Fortschritte. Sein einleitender § 1 umreißt zunächst allgemein, daß die Presse frei ist, aber trotzdem der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet bleibt. Die Freiheit der Presse unterliegt nur den Beschränkungen, die durch das Grundgesetz unmittelbar und in seinem Rahmen durch dieses Gesetz zugelassen sind, heißt es im § 1 Absatz II. Sondermaßnahmen jeder Art, die die Pressefreiheit beeinträchtigen, sind verboten. Das neue Gesetz stellt auch ganz klar, daß die Pressetätigkeit einschließlich Errichtung eines Verlagsunternehmens oder eines sonstigen Betriebes des Pressegewerbes von irgendeiner Zulassung nicht abhängig gemacht werden darf. Das Schlagwort von der Lizenzpresse, das immer noch durch manche Diskussionen geistert, gehört also ganz eindeutig der Vergangenheit an.

Die Presse erfüllt nach § 3 eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, daß sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt. Für den Bereich des Hörfunks und Fernsehens ist wichtig, daß die Behörden verpflichtet sind, auch allen Rundfunkjournalisten die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen. Damit ist für Nordrhein-Westfalen eine klare Forderung der rundfunkpolitischen Leitsätze der CDU vom 25. November 1965 mit der gesetzlichen Verankerung der Informationspflicht der Behörden gegenüber dem Rundfunk bereits erfüllt worden. Übrigens ist auch die Nr. 5 dieser Leitsätze der Verwirklichung schon einen großen Schritt näher gekommen, denn die Haus-

werkschaftlich organisiert ist, „da von ihm erwartet werden kann, daß er die Beschlüsse der DGB-Organen achtet“. Die sehen aber eben anders aus als die Meinung der SPD.

Zu einem dritten Fall, der in Dortmund erwähnt wurde, nahm der DGB bisher keine Stellung: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jahn hatte u. a. gesagt:

„Seit vielen Jahren kämpfe ich als Mitglied einer dem DGB angehörenden Gewerkschaft darum, im Bereich meines eigenen Kreisausschusses als Abgeordneter meine Auffassung zu Fragen der Notstandsgesetzgebung darlegen zu können...“

haltspläne des Westdeutschen Rundfunks sollen in Zukunft so weit wie möglich publiziert werden, wie der TV-Courier zu berichten wußte. Der Informationspflicht der Behörden entspricht einerseits eine gesetzlich festgelegte Sorgfaltspflicht der Presse und des Rundfunks. Demnach müssen alle Nachrichten auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit geprüft werden. Andererseits besteht ein Zusammenhang zwischen der Informationspflicht der Behörden und dem im § 11 vorgesehenen und im Detail festgelegten Gegendarstellungsanspruch betroffener Personen und Stellen. Auch mit dieser Vorschrift ist eine Forderung der CDU-Leitsätze verwirklicht worden. Im Gegensatz zur bisher gültigen Satzung des WDR, die nur eine Berichtigung vorsah, spricht das neue Gesetz von dem Recht auf Gegendarstellung und geht damit über die gültigen Bestimmungen weit hinaus. Der Anspruch auf Gegendarstellung kann angemeldet werden, wenn eine Person oder Stelle durch aufgestellte Tatsachenbehauptungen betroffen ist. Die Tatsachenbehauptungen brauchen also nicht unbedingt falsch zu sein. Halbwahrheiten, Einseitigkeiten und Verzerrungen können genügen. Sinn dieser Bestimmung ist, einer einseitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit vorzubeugen. Der Betroffene soll die Möglichkeit erhalten, die behandelten Fragen und Probleme aus seiner Sicht darzustellen. Für die Durchsetzung des vergeblich geltend gemachten Gegendarstellungsanspruchs ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Man darf gespannt sein, wann dieser Weg zum ersten Mal besritten werden wird.

Beim Zeugnisverweigerungsrecht eines bestimmten in Presse und Rundfunk berufsmäßig tätigen Personenkreises, das in § 24 geregelt ist, ist umstritten, ob es in die Strafprozeßordnung des Bundesgesetzgebers gehört oder nicht. Nordrhein-Westfalen hat sich für die landesgesetzliche Regelung entschieden. Die Zukunft wird zeigen, ob man in diesem Punkt karlsruhesicher sein kann.

Insgesamt bringt das Gesetz erhebliche Fortschritte auf dem von der CDU gewiesenen Weg. Die „Funk-Korrespondenz“ nannte das neue Pressegesetz einen Gewinn, auch im Hinblick auf den Rundfunk. Und damit hat sie sicher recht.

ohg.

Hilfe für Fahrkosten

Im Zuge der Volksschulreform entstehen in Saarbrücken etwa 20 Hauptschulen, teilte Kultusminister Werner Scherer mit; er versicherte zugleich, daß alle Schulsysteme im jüngsten Bundesland zügig weiter ausgebaut werden. In den letzten Jahren stieg hier z. B. die Zahl der Gymnasiasten von 14 800 auf 23 000. Die entsprechenden Klassen erhöhten sich von 596 auf 748. Die Entwicklung läßt erwarten, daß man im Saarland 1970/71 über nahezu 1000 Gymnasialklassen verfügen wird. Zum Thema Schülerfahrkosten kündigte Minister Scherer an, daß auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion eine Regelung in Vorbereitung ist, nach der auch innerhalb einer Stadt solchen Jungen und Mädchen eine Unterstützung zukommt, die durch den Besuch einer Hauptschule unzumutbar weite Wege zurücklegen müssen.

CDU muß Volkspartei bleiben

Moderne Gesellschaftspolitik hat weltweite Bedeutung

Für eine Einheitsfront der Gemeinden sprach sich während der Bundesdelegiertentagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) deren wiedergewählter Vorsitzender, Landtagsvizepräsident Walter Jansen, in Bonn aus. Nur dann könnten die kommunalen Interessen vertreten werden.

Vor dieser gemeinsamen Anstrengung hätten die verschiedenen Gruppeninteressen zurückzutreten. Wer glaube, allein vorgehen zu können, der schade nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit.

Jansen stellte heraus, daß sich die KPV selbst bemühe, den unterschiedlichen Interessen großer und kleiner Regionen gerecht zu werden. Seit langem bestehe ein eigener Arbeitskreis der großen Städte, der jetzt durch einen Arbeitskreis der Städte ergänzt werde, die 100 000 bis 300 000 Einwohner haben. Ebenso sei inzwischen ein Arbeitskreis „Unterweser“ gebildet worden. Damit wolle die Bundes-KPV zu einer gleichen Berücksichtigung der verschiedenen Interessensphären kommen, andererseits aber die gemeinsame Grundlage einer einheitlichen Arbeitsgemeinschaft erhalten.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der CDU, Bundesminister Dr. Bruno Heck, sprach in seiner Rede eine Reihe von aktuellen parteipolitischen Problemen innerhalb der CDU an. Er versprach eine stärkere Zusammenarbeit mit der KPV in den kommenden Jahren. Der Minister forderte eine klarere Personalpolitik. Denn nicht zuletzt werde die Partei repräsentiert, wenn „auch der Bürgermeister in der kleinsten Gemeinde klar Farbe“ bekenne. Es sei daher dringend erforderlich, auch diejenigen, die sich eigentlich selbstverständlich zu der Union zählen, „aber aus Bequemlichkeit oder Gedankenlosigkeit sich nicht direkt öffentlich parteipolitisch engagieren, zu uns zu bringen“. Dies gelte auch für die wichtigsten Positionen in den Rathäusern, die oft mit maßgeblicher CDU-Unterstützung besetzt worden seien. Eine Partei müsse Macht wollen. Wenn sie keine Macht wolle, sei das eigentlich ein Zeichen, daß sie es mit dem, was sie programmatisch vertrete, nicht sonderlich ernst nehme! Es müßten daher bei der Union die Voraussetzungen zu einer Personalpolitik geschaffen und von der KPV durchgeführt werden.

Eindringlich forderte Dr. Heck die Kommunalpolitiker auf, die Basis der Partei, die Mitgliedschaft, verbreitern zu zu helfen. Dabei sollte man nicht allzu besorgt sein, ob dieser oder jener, diese oder jene Frau eigentlich voll und ganz zu uns passe! Die Union sei zwangsläufig eine Partei mit einer großen Spannweite. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Vereinigung von Katholiken und Protestanten, sondern zuerst unter dem Gesichtspunkt einer großen Volkspartei sollte dies gesehen werden.

Dr. Heck kündigte vor den Kommunalpolitikern an, die Union werde eine sorgfältige Analyse der Gesellschaft in der Bundesrepublik erstellen und daraus die Konsequenzen einer modernen Gesellschaftspolitik ziehen. Diese Gesellschaftspolitik müsse aber auch als eine Aufgabe weltweiten Ausmaßes verstanden werden. Den Grundelementen der kommunal-

nistischen Gesellschaftsordnung, eigentumslos, apersonal und kollektivistisch, müsse die christliche Antwort gegeben werden.

Wenn es der freien Welt nicht gelänge, auf die verführerischen Herausforderungen einer apersonalen Gesellschaftsordnung ohne die Verantwortung des einzelnen eine überzeugende Antwort zu geben, sei es nur eine Frage der Zeit, wie lange noch unter dem Schutz der amerikanischen Atommacht der sowjetische Imperialismus abgewehrt werden könne.

Eine moderne, personale und eigentumsbezogene Gesellschaftspolitik als Antwort auf die kommunistische Herausforderung müsse von drei Säulen getragen werden: Bildung — Eigentum — Familie.

Zum ersten gehörten auch alle Bemühungen außerhalb der Schule in der Erwachsenenbildung, die die Menschen in großem Umfange informationstüchtig, unterhaltungstüchtig und bildungstüchtig gemacht hätten. Bildungspolitik müsse ein

Bemühen um eine personale Bildung und Ausbildung sein.

Die zweite Säule sei die Eigentums- politik. Wenn auch bedauerlicherweise die Arbeitnehmervertretung dabei immer noch zögere, wolle die CDU dem Bürger nicht nur redlich, sondern auch tatsächlich die Möglichkeit geben, Eigentum zu erwerben.

Die Familienpolitik sei die dritte Säule dieser Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung. Hier müsse man zu nächst dem Unverstand begegnen, in der Familienpolitik mit Einkommensgrenzen zu operieren. Wer so Familienpolitik betreiben wolle, der dokumentiere, daß er sie einfach nicht begriffen habe. Dabei gehe es nicht darum, der Fürsorge einen Teil abzunehmen, sondern darum, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der die gesellschaftliche Leistung der Familie mit Kindern, vor allen Dingen mit mehreren Kindern, ihre öffentliche und gebührende Anerkennung fände.

Für den Bereich der Wirtschaft forderte Dr. Heck die Industrie auf, die Produktionsstätten so zu organisieren, daß auch im großen Betriebe möglichst viele, kleine Verantwortungsbereiche entstehen könnten. Es gehe darum zu verhindern, daß Menschen lediglich nur Funktion einer ihm völlig unverständlichen Produktions- apparatur werden zu lassen. Die menschliche Neuordnung in der Wirtschaft müsse sich zuerst vollziehen, dann könne eine moderne, fortschrittliche Gesellschafts- politik den Menschen in den Stand setzen, das große Werk der technischen Zivilisation weiterzuführen und dabei das Menschliche zu bewahren.

Irreal und undurchführbar

„Großer Hessenplan“ ein großes Windei

Ein Round-Table-Gespräch der hessischen gewerblichen Wirtschaft über den von der SPD so gefeierten „Großen Hessenplan“ endet für den hessischen Finanzminister Oswald (SPD) mit einer blamablen Niederlage.

Die Wirtschaftsfachleute hatten zu dem Hessenplan eine 14seitige Stellungnahme ausgearbeitet, in der der sozialdemokratischen Landesregierung klipp und klar nachgewiesen wurde, daß ihre Pläne irreal und nicht durchführbar sind. Ganz besonders wurde bemängelt, daß ein so langfristiges Programm ohne wissenschaftliche Analysen aufgestellt wurde.

Keiner, auch nicht die weitsichtigen Sozialdemokraten könnten die wirtschaftliche und politische Entwicklung für einen Zeitraum von zehn Jahren voraussehen. Schon aus diesem Grunde müsse die Basis des Hessenplans, daß in den nächsten Jahren das Bruttosozialprodukt jährlich um 5,5 Prozent wachsen werde, stark in Zweifel gezogen werden. Bereits heute ließe sich sagen, daß solche Annahmen an der tatsächlichen Entwicklung völlig vorbeigehen. Denn für 1966 sei nur eine Zuwachsrate von etwas über vier Prozent zu erwarten. Dadurch sei die finanzpolitische Hypothese völlig in Frage gestellt.

Die zu erwartenden großen wirtschafts- politischen Veränderungen, die sich durch den Zollabbau im EWG-Raum ergeben würden, die Neuordnung des Finanzausgleichs und eine veränderte Konjunktur seien im Hessenplan überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Die hessische Wirtschaft sieht es weiterhin als völlig unmöglich an, daß auf dem Kapitalmarkt die benötigten 33 Millionen DM für den Hessenplan aufgebracht werden können.

Abgesehen von der völlig falschen Einschätzung der finanziellen Gegebenheiten wurde auch die Industrieansiedlungspolitik und die Raumordnung, so wie sie im Hessenplan vorgeschlagen wird, kritisiert. Man war auch der Meinung, daß es dem Land Hessen nicht möglich sein werde, in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 4,34 Milliarden DM für den Schulbau aufzubringen.

„Unzumutbare Belastung“

Viele Regiebetriebe der Bundeswehr seien, sagt der Zentralverband des Deutschen Handwerks, eine „unzumutbare Belastung der Steuerzahler“. Die einschlägigen Privatbetriebe könnten die Arbeiten für den Fiskus günstiger ausführen als die Regiebetriebe. Manche Werkstätten von Truppenteilen und Bundeswehrrschulen seien nach Feststellung des Bundesrechnungshofes gelegentlich nur zu 30 % ausgelastet.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Zwölf Milliarden für Wohnungsbau

Rund zwölf Milliarden DM sind bisher aus Lastenausgleichsmitteln für den Wohnungsbau aufgewendet worden. Der Wohnungsbau ist damit zu etwa einem Fünftel an den Gesamtleistungen der Bundesausgleichsamtes für die Vertriebenen beteiligt. Wie das Städtebau-Institut Bonn in diesem Zusammenhang mitteilte, lag die Spitze der Wohnungsbauförderung mit 1,07 Milliarden DM im Jahre 1956. Seither haben die Zahlungen ständig abgenommen.

Archiv über Verbrechen

Die Einrichtung eines Bundesarchivs zur Sammlung von Unterlagen über die an Heimatvertriebenen in den deutschen Ostgebieten und in Ostblockländern begangenen Verbrechen hat der Schatzmeister des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße, Edelhard Rock, MdB, gefordert. Rock begründet seine Forderung damit, daß es die Konferenz der Landesjustizminister als unmöglich bezeichnet habe, eine solche zentrale Erfassungsstelle auf Länderebene einzurichten.

2500 alte Berliner betreut

Über 800 000 DM hat das schleswig-holsteinische Sozial- und Vertriebenenministerium bisher für Erholungsaufenthalte alter Berliner im nördlichsten Bundesland ausgegeben. Seit Errichtung der Schandmauer haben über 2500 alte Berliner einen kostenlosen Erholungsaufenthalt in Schleswig-Holstein genossen, das damit seiner Verbundenheit mit der alten Reichshauptstadt auch auf diesem Gebiet Ausdruck verliehen hat.

Noch 184 000 Gefangene?

Im Gegensatz zu den Feststellungen des Roten Kreuzes ist der Heimkehrerverband der Ansicht, daß sich auch heute noch eine große Anzahl von Deutschen in sowjetischer Gefangenschaft befindet. Der Ehrenvorsitzende des Verbandes Carl Friederichs erklärte in Bonn, daß nach seinen Schätzungen rund 184 000 Deutsche von der Sowjetunion hinter Stacheldraht zurückgehalten würden.

Gesetz über „Stiftung Pommern“

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer „Stiftung Pommern“ verabschiedet. Die Stiftung hat u. a. den Zweck, alle Aufgaben wahrzunehmen, die aus dem Patenschaftsverhältnis des Landes über Pommern erwachsen. Sie soll in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz pommersches Kulturgut erhalten sowie alle privatrechtlichen Stiftungen, die Beziehungen zu Pommern haben, erfassen und betreuen.

„Billige Robtäuschertricks“

SPD Nordrhein-Westfalens hat sich als vertriebenenfeindlich demaskiert

Der Landesvertriebenen- und Flüchtlingsausschuß der CDU Westfalen-Lippe bestätigte am 11. Juni fast einstimmig den bisherigen Vorsitzenden Paul Scholz, MdL, und seine beiden Stellvertreter in ihrem Amt.

Bei der Landesdelegiertentagung richtete der Vertriebenenpolitiker Schulze-Stapen, MdL, heftige Angriffe auf die SPD in Nordrhein-Westfalen, die sich im Landtag ausgesprochen vertriebenenfeindlich gezeigt habe. Gerade die letzten Haushaltsberatungen hätten erwiesen, daß die Kürzungsvorschläge der SPD-Fraktion, die gesamt- und ostdeutsche Aktivität der Landesregierung vollständig lahmgelegt hätten. So sollten die Mittel für die gesamtdeutschen Wochen und die ostdeutsche Wanderausstellung um sechs Millionen gekürzt werden. Die Mittel für die Gründung selbständiger Existenzen für Vertriebene und Flüchtlinge hätten, wenn es nach der SPD gegangen wäre, um 50 Prozent reduziert werden sollen.

Besonders hart wäre das ostdeutsche Landvolk betroffen worden, falls es die SPD erreicht hätte, ihre Pläne zu realisieren. Von den 40 Millionen DM Siedlungsmitteln wollte die SPD 28 Millionen streichen; zusammen mit den an diesen Zweck gekoppelten anderen Summen hätte dies einen Ausfall von 56 Millionen DM bedeutet. Damit wäre das gesamte Siedlungsprogramm nahezu stillgelegt worden. Ein Schlaglicht auf die zweifelhaften Methoden der SPD werfe ihr Verhalten bei der Einbringung ihrer Kürzungsanträge, erklärte Schulze-Stapen. In ihren Anträgen habe es statt 28 Millionen 2,8 Millionen DM geheißen. Erst auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, habe die SPD leichthin erklärt, es müsse sich um einen Druckfehler handeln. Schulze-Stapen bezeichnete dies Verhalten als „billigen Robtäuschertrick“.

Für die überaus dubiose Taktik der Sozialdemokraten spreche auch ihr Verhalten in den verschiedenen Ausschüssen. Im Vertriebenenausschuß des Landtages heuchele man Verständnis für die ostdeutschen Landsleute, im Finanzausschuß versuche man dagegen die für Vertriebene und Flüchtlinge bestimmten Haushaltsmittel zu kürzen. In Zukunft werde die CDU die SPD im Plenum zur „offenen Feldschlacht“ bei der Behandlung vertriebenenpolitischer Fragen stellen. Gegenüber der SPD habe die CDU von Anfang an versucht, den Vertriebenen und Flüchtlingen jede Hilfe zu leisten. Zu den Pluspunkten zähle u. a., daß für diese Bevölkerungsgruppen insgesamt 130 000 Wohnungen errichtet worden seien, daß bereits 1948 das erste Flüchtlingshilfegesetz erlassen worden sei, daß fast 28 000 ostdeutsche Bauern hätten wieder angesiedelt werden können und eine große Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen durch Landeskredite in die Lage versetzt worden sei, eigenständige Existenzen zu gründen.

In seinen Ausführungen lobte Landtagsabgeordneter Schulze-Stapen besonders den Arbeits- und Sozialminister Grundmann, in dessen Ressort auch die Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik

fällt. „Die Rufe nach einem selbständigen Vertriebenenministerium sind verstummt“, erklärte der Redner, „seitdem wir gesehen haben, daß bei Minister Grundmann die Belange der Vertriebenen gut aufgehoben sind. Von Grundmann sind viele nachahmenswerte Initiativen ausgegangen“. Grundmann habe die erste Konferenz aller mit Vertriebenen-Angelegenheiten befaßten Minister und Senatoren einberufen, er habe es erreicht, daß Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Patenschaften über ost- und mitteldeutsche Städte und Landschaften stehe. Zu den besonderen Verdiensten Grundmanns gehöre jedoch seine Aktivität, unter der Jugend des Landes das gesamtdeutsche Bewußtsein wachzuhalten. Die Ostkunde, Ost- und Mitteldeutsche Schülerwettbewerbe, Ausstellungen u. ä. hätten den Schülern an Rhein und Ruhr das Wissen vermittelt, daß Deutschland weder an der Elbe noch an der Oder ende.

Der Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen wies die gelegentlich zu vernehmende Argumentation zurück, daß letzten Endes Vertriebenenpolitiker nichts als Interessenvertreter seien. „Aber Vertriebene, Flüchtlinge und Einheimische“, so sagte er dazu, „haben tatsächlich gemeinsame gesamtdeutsche Interessen, und so verstanden sind wir, die Vertriebenenpolitiker, in der Tat Interessenvertreter, nämlich Gesamtdeutschlands“.

Zuvor hatte der Vorsitzende Paul Scholz, MdL, im Hinblick auf die Landtagswahlen erklärt: „Nordrhein-Westfalen hat für die Eingliederung Vorbildliches geleistet. Wir können mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen, weil wir überzeugende Leistungen vorzuweisen haben.“

Tradition der TH Danzig fortführen

In Flensburg sollte eine Technische Hochschule gegründet werden, die die Tradition der früheren Technischen Hochschule in Danzig fortführen soll. Dies forderten in einem Aufruf 74 Vertreter des öffentlichen Lebens, unter ihnen Bundesverteidigungsminister von Hassel, der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Rohloff und Innenminister Schlegelberger. Der schleswig-holsteinische Kultusminister von Heydebreck hat diese Initiative begrüßt.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Heinz Winkler, R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Sparwillen stärken

„Stabiles Geld ist die beste Sparförderung“

Bei den III. Europäischen Gesprächen der „Hermann-Lindrath-Gesellschaft“ stand die Sparförderung als Mittel der Eigentumpolitik im Vordergrund.

Die Gesellschaft beschäftigte sich in Hannover mit Grundsatzfragen der Sparförderung aus gesellschaftspolitischer und europäischer Sicht. Wie dabei der Vorsitzende der Gesellschaft, Karl Döring, mitteilte, sind 1965 in den EWG- und EFTA-Staaten, die staatliche Sparförderung betreiben, rund 18 bis 20 Milliarden DM an Steuerbegünstigungen und Sparprämien gewährt worden. 1968 werden es vermutlich 20 bis 25 Milliarden DM und 1970 25 Milliarden DM sein.

Aufgrund von Untersuchungen, durch welche Förderungsmaßnahmen Vermögen gebildet werden können, wurden sieben Grundsätze erarbeitet:

- Stabiles Geld ist die beste Sparförderung.
- Nur langfristige Sparverträge (über zehn Jahre) sollten begünstigt werden.
- Alle Sparformen sollten gleich begünstigt werden und neue Sparformen in die Förderung einbezogen werden.
- Einkommensbegrenzungen sollten nicht erfolgen. Dagegen die Festsetzung von Höchstbeträgen für die Inanspruchnahme der Sparbegünstigungen.
- Es soll keine wahlweise Inanspruchnahme von Vergünstigungen erfolgen.
- Stärker als bisher sollte auch das Jugend- und das Betriebsparen gefördert werden.
- Höhere Freistellungsbeträge für Einkommen aus Kapitalbeträgen und Ermäßigung der Dividendensteuer sollten die staatliche Sparförderung unterstützen.

An den Gesprächen nahmen neben bekannten Wissenschaftlern der österreichische Finanzminister Dr. Schmitz und der frühere Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Dr. Claussen teil.

In einem Grußwort hatte Bundesschatzminister Dr. Dollinger erklärt: „Die meisten Menschen wünschen sich heute Vermögen und Eigentum. Viele vergessen jedoch, daß die Voraussetzungen hierfür Konsumverzicht und Wille zum Sparen sind. Dieser Sparwille bedarf insbesondere bei den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen einer starken Unterstützung und Förderung. Hierbei denke ich nicht nur an Steuererleichterungen oder Prämien, sondern auch daran, den Willen zum Sparen und zur Eigentumbildung in unserem Volke zu wecken und zu stärken. Dazu gehört u. a. die Erkenntnis, daß eine weitere Ausdehnung der Vorsorge für die eigene Sicherheit nicht nur vom Staat verlangt werden kann.“

Die „Hermann-Lindrath-Gesellschaft“, die den Namen des 1960 verstorbenen CDU-Ministers für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes trägt, beschäftigt sich

Brandt völlig „verschlissen“

Münchener Sozialdemokraten mit SPD-Bundesparteitag unzufrieden

Wenig Gnade fand der SPD-Bundesparteitag beim Unterbezirk der Münchener Sozialdemokraten. Oberbürgermeister Dr. Vogel, der die Dortmunder Beschlüsse verteidigte, mußte jedenfalls heftige Kritik einstecken.

Die Bezirkskonferenz begann mit den Referaten von vier Stadträten, die den Genossen die Ergebnisse des letzten Bundesparteitages schmackhaft machen wollten. Sie setzten sich ganz besonders für den neugewählten Willy Brandt ein, von dem der SPD-Nachwuchspolitiker Dr. Böddrich vieldeutig sagte: „Wir haben keinen Besseren“.

Mit solchen Allgemeinplätzen wollten sich die Genossen aber nicht abspeisen

mit eigentumpolitischen Problemen, denen Minister Lindrath während seiner Tätigkeit große Bedeutung beigemessen hat.

Dr. Witten wiedergewählt

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dr. Wilhelm Witten, ist vom Geschäftsführenden Landesvorstand der CDU Hamburg als Erster Stellvertreter des Landesvorsitzenden wiedergewählt worden. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Altona, Hans-Georg Schumacher, gewählt.

Deutsch-französisches Gespräch

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der CDU, Bundesminister Dr. Bruno Heck, traf in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten (UECD) am 15. Juni mit den Vorsitzenden des französischen Centre démocratique, Mr. Lecanuet, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Senator Alain Poher, die sich auf Einladung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zu einem Besuch in Bonn aufhalten, zu einem politischen Gedankenaustausch zusammen.

lassen; vor allem die Gewerkschaftler zeigten sich über die gemäßigte Haltung des Parteitages zur Notstandsfrage recht erbost. Es bestehe überhaupt keine Notwendigkeit, eine Regelung für den Notstand zu schaffen, meinte einer der Diskussionsredner, und was Willy Brandt betreffe, so dürfe die Partei keinesfalls mit ihm als Kanzlerkandidat wieder in den Wahlkampf ziehen. Brandt sei in den letzten beiden Wahlkämpfen bereits „völlig verschlissen“.

Mit den Worten, die SPD sollte kein „panische Angst“ vor jedem Volksfrontgedanken haben, versuchte ein Diskussionsredner seine Parteifreunde für eine Konföderation mit dem Ulbricht-Regime zu gewinnen. Auch die anderen Diskussionsbeiträge bewegten sich auf dem gleichen Niveau. Nein zur Notstandsgesetzgebung, wir hätten in der Bundesrepublik bereits den Notstand; die wirtschaftliche Macht liege in Händen reaktionärer und demokratischer Kräfte; das waren die Argumente, mit denen die unzufriedenen Genossen ihrem Herzen Luft machten.

Es zeigte sich, daß es in erster Linie die enttäuschten Gewerkschaftler waren, die sich darüber verbittert zeigten, daß in Dortmund sich die radikalen Thesen nicht durchsetzen konnten.

Oberbürgermeister Dr. Vogel mußte sich gegen die zahlreichen Redner und Zwischenrufe massiv zur Wehr setzen. „Ich brauche keinen demokratischen Nachhilfeunterricht“, rief er ihnen zu.

Die klassenkämpferischen Genossen ertranken nach dieser Abfuhr ihren Parteikummer in Bier.

Jugend Osteuropas einladen

Interesse an gesamteuropäischen Jugendtagungen wächst

Bundesminister Dr. Heck vertrat in einem Zeitungsinterview die Ansicht, zu Veranstaltungen europäischer Jugendgruppen künftig auch die Jugend Osteuropas einzuladen.

Die Anregung Dr. Hecks geht auf die guten Erfahrungen zurück, die man beim Jugendtreffen in Wesel sammeln konnte. Bekanntlich waren in Wesel erstmals tschechische und ungarische Gruppen dabei. Minister Dr. Heck möchte an kommenden Begegnungen auch Jugendvertreter aus der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien und Rumänien beteiligen.

Wie es in dem Interview weiter heißt, habe Dr. Heck bei seinem letzten Treffen mit seinem französischen Kollegen Misoffe den Gedanken angeregt, das Deutsch-Französische Jugendwerk zu europäisieren. In diesem Zusammenhang gab Dr. Heck seiner Freude über eine Entschließung des Europäischen Parla-

ments Ausdruck, das sich für die Bildung eines europäischen Jugendwerkes einsetzt.

Gleichzeitig kritisierte Minister Dr. Heck die Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit im In- und Ausland in den Haushaltsberatungen des Bundestages. Die ohnehin begrenzten Möglichkeiten würden dadurch weiter eingeengt und gefährdeten die bisherigen Erfolge auf diesem Gebiet.

Den deutschen Jugendgruppen empfahl der Minister, den dringenden Gemeinschaftsaufgaben in Städten und Gemeinden künftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Hier nannte er als wichtigste Aufgabe die Betreuung alter Menschen.